

Choreographie des Lübecker Widerstands

Den Vorschlag, den Medizinstudiengang der Uni Lübeck abzuwickeln, den die schwarz-gelbe Landesregierung im Rahmen ihrer Haushaltsstruktur-Kommission am 26. Mai 2010 öffentlich machte, kann man wohl als Kriegserklärung an eine jegliche Bildungspolitik bezeichnen. Zum einen, weil bundesweit ein Ärztemangel besteht – man also gar nicht von einem zuviel an Mediziner Ausbildung sprechen kann; zum anderen, weil die Uni Lübeck seit ihrem Bestehen im Jahre 1964 ihren Schwerpunkt im Bereich der medizinischen Forschung und Bildung hat. Eine Abwicklung des Medizinstudiengangs hätte insofern den Anfang vom Ende der Uni Lübeck als Ganzes bedeutet. Dies wiederum hätte zu einem massiven Verlust an Arbeitsplätzen in der Region um Lübeck geführt, hat sich doch im Umfeld der exzellenten Forschungseinrichtungen eine hochgradig spezialisierte Gesundheits-Industrie entwickelt. Ohne die Universität, wären für diese Firmen Synergieeffekte nicht mehr vorhanden und eine effiziente Akkumulation von Mehrwert nicht mehr möglich. Die Folge wären Verlagerung, Abwanderung und Arbeitslosigkeit. Darüber hinaus wäre auch der Erhalt des Uniklinikums (UKSH) in Lübeck fraglich geworden. Niemand braucht eine Uniklinik ohne Uni.

Die Studierenden wären durch die Schließung zunächst zum Studienplatzwechsel nach Kiel an die CAU gezwungen gewesen. Da aber Uni Kiel und Uni Lübeck aus dem selben Posten im Landeshaushalt finanziert werden, hätte das Einsparpotential aus Lübeck nur dazu geführt, dass künftig in Kiel mehr Medizinstudenten eingeschrieben wären, ohne dass dies mit einer Erhöhung im Budget einher gegangen wäre.

Die Reaktion folgte prompt. Schon einen Tag nach der Schreckensmeldung wurden die StudentInnen aktiv. Plakate, Flyer, T-Shirt, Pins wurden gemacht – kreative Aktionen für die kommenden Wochen vorbereitet. So konnten im Rahmen einer Unterschriftensammlung über 130.000 Unterzeichner gewonnen werden. Und wo immer sich Vertreter der Schleswig-Holsteinischen Landesregierung sehen ließen, konnten sie sich darauf freuen von Studierenden in gelb-schwarzen T-Shirts in gebührenden Empfang genommen zu werden. So geschehen anlässlich der Eröffnungsansprache Peter-Harry Carstensens zur Kieler Woche und im Rahmen einer Demo vor der Schleswig-Holsteinischen Landesvertretung in Berlin. Unterstützung erhielten sie in Lübeck von allen gesellschaftlichen Gruppen – den Gewerkschaften, der Industrie- und Handelskammer, den Parteien und vor allem von Seiten der Beschäftigten im UKSH. Ein Sternmarsch in Lübeck brachte eher als 10.000 Menschen auf die Straße und die Lübecker Feuerwehr ließ es sich nicht nehmen, das Wahrzeichen Lübecks – das Holstentor – mit einem eindeutigen Banner zu versehen: „Lübeck kämpft für seine Uni!“ Der Protest gipfelte in der größten Demonstration Schleswig-Holsteins in der Nachkriegszeit. 14.000 Demonstranten waren am 16. Juni auf Kiels Straßen und Plätzen. Die Anreise eine logistische Mammutaufgabe: 15 Busse und ein Sonderzug aus Lübeck, 8 Busse aus Flensburg – sogar per Fahrrad hatte man sich auf den weiten Weg gemacht, um seinen Ärger vor dem Landtag Luft zu machen.

Der öffentliche Druck wurde letztlich so groß, dass die Ein-Stimmen-Mehrheit der schwarz-gelben Koalition im Landtag verloren ging und die Landesregierung mit Bundesbildungsministerin Schavan in Verhandlung ging. Ergebnis hierbei war, dass über die Förderung mit Bundesmitteln im schleswig-holsteinischen Landeshaushalt genug Mittel frei werden, um den Studiengang Medizin in Lübeck zu retten. Möglich wird dies, indem das Kieler IFM Geomar von einem Leibnitz-Institut (Finanzierung: 50% Bund, 50% Land) in ein Helmholtz-Institut (Finanzierung: 90% Bund, 10% Land) umgewandelt wird.

Also am Ende alles gut ausgegangen? Wie man es nimmt. Der Medizinstudiengang in Lübeck scheint zunächst mal gerettet und somit auch die Uni Lübeck. Das diese aber künftig in Form

einer Stiftungsuni ihren finanziellen Grundstock finden soll, muss mit Hinblick auf Freiheit von Forschung und Lehre bedenklich stimmen. Schließlich wird keiner der honorigen Spender bereit sein gutes Kapital in Lehrinhalte zu stecken, die sich nicht später wieder auszahlen. Darüber hinaus könnte die Idee des Mikro-Stifters Schule machen, was letztlich nichts anderes wäre als hochschulspezifische Studiengebühren durch die Hintertür.

Und nicht vom Tisch ist die anstehende Privatisierung des UKSHs, immerhin Schleswig-Holsteins größter Arbeitgeber. Zwar wurde von Seiten der Studierenden während der Proteste auch immer die Privatisierung des Uniklinikums abgelehnt. Die Frage bleibt aber, ob sich ebenso viele Studentinnen für die Interessen der Beschäftigten mobilisieren lassen, wie für ihre ureigenen...

Christoph (SDS-Gründungs-Initiative Kiel)